

NACHHALTIGKEIT MUSS VORAUSSETZUNG FÜR ALLE POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN SEIN

Fotos: Adobe Stock und Ratschlag Kinderarmut



Die Stärkung der Natur und damit der Lebensgrundlagen aller Menschen ist eine grundlegende strukturelle

Aufgabe, die auch individuelles Handeln erfordert.

Berlin, 5. Juni 2023 – „Jedes Jahr am 5. Juni erinnert uns der Weltumwelttag an die erste internationale Umweltkonferenz. Allein Konferenzen reichen aber für den Erhalt der Lebensgrundlagen für jetzige und zukünftige Generationen nicht. Der Erhalt der Lebensgrundlagen muss zur Voraussetzung für alle politischen Entscheidungen werden, denn wir leben in Abhängigkeit von der Natur“, erklärt Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken.

Damit Familien auch in Zukunft in einer intakten Umwelt gut leben können, muss die Politik aktiver werden. Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das weitere Handeln aller Menschen bestimmt, wie wirksam wir ihm begegnen. Die Einhaltung der Pariser Klimaziele ist ein zentraler Schritt. Und es bleibt viel zu tun. Die selbstgesetzten Emissionsziele wurden 2021 verfehlt und 2022 nur aufgrund kriegsbedingter Produktionsrückgänge der Wirtschaft knapp erreicht. Auch weltweit fielen die Emissionen laut Expert:innen seit 1990 nicht, sondern stagnieren bzw. steigen sogar.

Ulrich Hoffmann betont die Verbindung der ökologischen und der sozialen Frage: „Es sind vor allem Menschen und Familien, die wenig Ressourcen zur Verfügung haben und sich in prekären Lebenslagen befinden, die besonders von Klimaveränderungen und politischen Anpassungsmechanismen betroffen sind. Und gerade diese Menschen tragen aufgrund ihres geringen Konsums selbst am wenigsten zum Klimawandel bei. Daher ist die Klimafrage für den Familienbund auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.“

Der Familienbund setzt sich für die Stärkung der Umweltbildung und des Umweltbewusstseins ein. Alle können ihren Beitrag für mehr Umweltschutz, Ressourcenschonung und Umweltvorsorge leisten. In dem Wissen, dass es nur eine Erde, eine Umwelt gibt, auf der wir leben können, betont Ulrich Hoffmann: „Es ist unser Handeln, welches die Vielfalt des Planeten bedroht, aber es ist auch unser Handeln, welches den Planeten schützen kann. Die Stärkung der Natur und der Schutz des Klimas erfordern viele Akteure. Jede Familie kann hier schauen, welchen Beitrag sie leisten kann. Damit alle Kinder ein hoffnungsvolles, glückliches Leben führen können.“

MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR ARMUTSBETROFFENE KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN



Der Familienbund unterstützt den Gemeinsamen Appell des Ratschlags Kinderarmut „Haltung zeigen gegenüber Kindern, Jugendlichen und Familien: Menschen in Armutslagen vorurteilsfrei begegnen!“

Berlin, 16. Juni 2023 – „Von Armut betroffene Kinder

und ihre Familien haben sich ihre Situation nicht ausgesucht. Sie sehen sich mit schlechteren Bildungs- und Teilhabechancen, häufigeren Gesundheitsproblemen und Ausgrenzung konfrontiert. Dabei hat jeder Mensch das Recht auf Teilhabe und ein Existenzminimum“, erklärt Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken.

Um Schwächere zu schützen und Ärmere zu beteiligen muss der Staat gezielt entlasten. Mit der unter dem Namen Kindergrundsicherung geplanten Reform der Familienleistungen setzt die Ampelregierung an diesem Punkt an. Der Familienbund sieht hier die Notwendigkeit, über die Neuberechnung des Existenzminimums und eine spürbare Leistungserhöhung Familien stärker tatsächlich zu unterstützen. Ulrich Hoffmann ergänzt: „Gleichzeitig kann über die so geschaffenen fairen Teilhabechancen die soziale Ungerechtigkeit reduziert und ein gesellschaftliches Wir gestärkt werden.“ Damit der solidarische Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten und die Gesellschaft funktionsfähig bleibt, muss neben finanzieller Unterstützung auch die Infrastruktur für Familien stimmen. Die weiterhin stabile Armutsquote von einem Fünftel der Kinder und Jugendlichen verstetigt soziale Ungleichheiten und verlangt dringend Verbesserung. „Wir brauchen junge Menschen, die unsere Gesellschaft in Zukunft weiterentwickeln. Dafür benötigen sie Optimismus und bessere Zugangsmöglichkeiten zu Bildung. Denn Armut kann bremsen und pessimistisch machen“, folgert Hoffmann. Hoffmann führt fort „Ich appelliere an eine schnelle Einführung der geplanten Kindergrundsicherung mit ausreichend finanziellen Ressourcen und fordere dazu auf, Armut nicht weiter zu stigmatisieren, sondern in den Blick zu nehmen, dass die meisten Familien sich zwischen den Ausgaben zerreißen und bei sich selbst sparen, um ihren Kindern ein sorgloses Aufwachsen zu ermöglichen.“

In der Gesellschaft herrschen immer noch pauschale Vorurteile gegenüber Familien, die Armut erfahren. Diese werden weiter über die Medienlandschaft zementiert. 51 Organisationen und Einzelpersonen sehen sich daher dazu verpflichtet, mit dieser Voreingenommenheit aufzuräumen. Sie rufen deshalb gemeinsam mit einem Appell dazu auf, Haltung zu zeigen und sich unterstützend hinter armutsbetroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu stellen. Denn Armut ist kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles Problem!

50 KINDER- UND MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN APPELLIEREN AN DIE BUNDESREGIERUNG: KEINE KOMPROMISSE AUF KOSTEN DER RECHTE UND DES WOHLTS GEFLÜCHTETER KINDER BEI DER REFORM DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ASYLSYSTEMS!

Kurzfassung - Juni 2023 – 30 Jahre nach dem unter rechtspopulistischem Druck entstandenen, bislang schärfsten Einschnitt in das deutsche Asylrecht, dem Asylkompromiss von 1993, stehen grundlegende Menschen- und insbesondere Kinderrechte in den Verhandlungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem aktuell erneut zur Disposition. Schon jetzt dokumentieren viele der unterzeichnenden Organisationen massive Gewaltausübung durch Grenzbeamte und mangelnden Kinderschutz entlang der Fluchtrouten und an den Außengrenzen der EU. Die Reformvorschläge werden die Situation nicht verbessern, sondern weitere, schwere Verletzungen von Kinder- und Flüchtlingsrechten begünstigen. Die unterzeichnenden Organisationen fordern zum nächsten Innenminister*innen-Treffens am 8. Juni, keine Kompromisse auf Kosten des Schutzes und der Rechte geflüchteter Kinder zu schließen.

Die Wahrung von Menschenrechten und Kindeswohl müssen die Leitlinien europäischer Politik sein. Das bedeutet:

- 1. Kein Kinderschutz-light – effektiver Rechtsschutz in Screening, Alterseinschätzung, Zuständigkeits- und Grenzverfahren, keine Haft oder haftähnliche Unterbringung von Kindern, keine Ausnahmen in Krisenfällen, Vormundschaft und Rechtsbeistand von Anfang an!**
- 2. Keine Überstellung von Kindern in sog. „sichere Drittstaaten“, die nur auf dem Papier sicher sind, durch eine Ausweitung des Sichere-Drittstaaten-Konzepts!**
- 3. Einhaltung des Vorrangs des Kindeswohls und des Rechts auf Familie - keine Überstellung von unbegleiteten Kindern unter dem Zuständigkeitsregime, keine Einschnitte bei innereuropäischen Familienzusammenführungen!**

Wir fordern die Bundesregierung auf, ...

- gegen Grenzverfahren zu stimmen, insbesondere bei ihrem „Nein“ zu Grenzverfahren bei Kindern bis 18 Jahre zu bleiben.
- gegen Haft und haftähnliche Bedingungen bei Kindern bis 18 Jahre zu stimmen.
- gegen die Aufhebung effektiven Rechtsschutzes zu stimmen.
- gegen die Ausweitung des sicheren Drittstaatenkonzepts zu stimmen.
- gegen die Absenkung von kinderrechtlichen Verfahrensgarantien zu stimmen.
- gegen Rücküberstellungen von unbegleiteten Minderjährigen in der EU und die Einschränkungen bei innereuropäischen Familiennachzügen zu stimmen.

- bei ihrem „Ja“ zum erweiterten Familienbegriff zu bleiben.
- bei ihrem „Nein“ zur Integration der Instrumentalisierungs-VO in die Krisen-VO zu bleiben.



Die ausführliche Pressemitteilung kann hier nachgelesen werden:

BUNDESREGIERUNG SCHICKT FAMILIEN MIT FRUST IN DIE FERIE



Die Familienorganisationen sind entsetzt über die Pläne der Koalition, die Familien stärker zu belasten, indem sie Einschränkungen beim Elterngeld und

weiteren familienunterstützenden Leistungen umsetzen will.

Berlin, 04. Juli 2023 – „Dies ist ein ganz schlechtes Signal an die Familien und gerade auch an die Paare, die planen, eine Familie zu gründen“, so Dr. Klaus Zeh, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen und erläutert: „eigentlich bräuchte es beim Elterngeld weitere Verbesserungen statt Verschlechterungen, denn das Elterngeld ist seit seiner Einführung nicht erhöht worden – weder für die unteren noch für die mittleren Einkommensgruppen.“

Die Verbände betonen, dass es sich beim Elterngeld um eine etablierte Leistung handelt, die viele Familien erreicht, die Umsetzung des Kinderwunsches unterstützt und Eltern mit kleinen Kindern deutlich entlastet. Eine Absenkung der Einkommensobergrenze von 500.000 Euro auf 300.000 je Paar erfolgte bereits 2021. Dies sei hart aber verschmerzbar gewesen, weil davon stark überdurchschnittlich verdienende Paare betroffen worden seien. Eine Absenkung auf 150.000 Euro, die derzeit im Gespräch ist, träfe jedoch Eltern, für die das Elterngeld eine große Bedeutung hat.

Zudem sei die Neuregelung auch gleichstellungspolitisch höchst fraglich, weil ohne Lohnersatzleistung erfahrungsgemäß in der Regel die Frauen die Kinderbetreuung übernehmen werden. Die Kürzung träfe zwar keine von Armut betroffenen Familien, jedoch trifft sie die Mitte der Gesellschaft und damit Personen, die in der Regel mit einer sehr hohen Steuerquote die Gesellschaft tragen und denen häufig keine hohen Vermögen zur Verfügung stehen. Immer mehr Eltern würden bei Umsetzung der Pläne in Zukunft beim Elterngeld zunehmend leer ausgehen, zumal keine Inflationsanpassung der Obergrenze geplant sei.

Die Entscheidung würde unmittelbar nach der gestrigen Anhörung zu einer aktuellen Petition erfolgen, die

Foto: Adobe Stock

von 66.302 Personen unterstützt wird. Darin wird völlig zurecht darauf hingewiesen, dass die Erhöhung der Elterngeldsätze dringend erforderlich und auch im Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Stattdessen will die Bundesregierung das Elterngeld nun für einen Teil der Familien komplett streichen.

Angesichts der anstehenden Beschlüsse auf der morgigen Kabinettsitzung sind die Verbände fassungslos, wie mit den Familien umgegangen werden soll. Denn neben der Kürzung beim Elterngeld stehen Einschnitte beim BAföG auf dem Programm. Zudem verdichten sich die Anzeichen, dass die Koalition keine substanziellen Fortschritte bei der Armutsbekämpfung von Familien und Kindern mehr plant: Eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen auch verdient, ist nicht in Sicht und der Nationale Aktionsplan für die Teilhabe von armen oder armutsbedrohten Kindern, der ebenfalls morgen verabschiedet werden soll, bietet wenig Perspektiven, die Kinderarmut zu reduzieren.

„Anscheinend hat die Regierung vergessen, dass während der Corona-Zeit die Aufrechterhaltung des alltäglichen Lebens weitgehend auf ihren Schultern lag. Schon damals wurden ihre Interessen von der Politik lange Zeit nur nachrangig berücksichtigt. Es ist eine große Enttäuschung und Wut bei den Familien aus dieser Zeit zurückgeblieben und die Regierung tut ihr übriges, um dies zu verstärken“, so Dr. Zeh.

ENTSCHEIDUNG ZUR SUIZIDHILFE – MENSCHEN IN EXISTENZIELLEN KRISEN SCHÜTZEN!



Foto: Adobe Stock

Nach Auffassung des Familienbundes der Katholiken beschreitet der Entwurf der Abgeordnetengruppe um Katrin Helling-Plahr und Renate Künast den Weg zur gesellschaftlichen Normalisierung der Suizidhilfe und gefährdet das Leben von Menschen in existenziellen Krisen. Der Familienbund befürwortet den Entwurf der Abgeordnetengruppe um Lars Castellucci und Ansgar Heveling, der neben dem Recht auf selbstbestimmtes Sterben auch die durch Angebote geschäftsmäßiger Suizidhilfe entstehenden Gefahren für den Einzelnen und die Gesellschaft in den Blick nimmt.

sierung der Suizidhilfe und gefährdet das Leben von Menschen in existenziellen Krisen. Der Familienbund befürwortet den Entwurf der Abgeordnetengruppe um Lars Castellucci und Ansgar Heveling, der neben dem Recht auf selbstbestimmtes Sterben auch die durch Angebote geschäftsmäßiger Suizidhilfe entstehenden Gefahren für den Einzelnen und die Gesellschaft in den Blick nimmt.

Berlin, 06. Juli 2023 – Der Präsident des Familienbundes der Katholiken, Ulrich Hoffmann, spricht sich dafür aus, nicht die Suizidberatung, sondern die Suizidprävention zu stärken: „Menschen in schweren Lebenskrisen benötigen Hilfe und Perspektiven und keine neutrale Beratung zum Suizid. Wenn der Entwurf von Helling-Plahr und Künast eine solche, neutrale Beratungsinfrastruktur für Menschen jeden Alters unabhängig vom Gesundheitszustand aufbauen und durch die öffentliche Hand fördern will, ist er nur scheinbar neutral. In Wirklichkeit fördert er Suizide.“

Eine Regelung der Suizidhilfe muss nach Auffassung des Familienbundes von der empirischen Realität der Suizide ausgehen. „Die Entscheidung jedes Menschen, der seine Not nicht mehr aushalten kann, ist zu respektieren. Aber beim Thema Suizid verbietet sich jedes Freiheitspathos“, so Ulrich Hoffmann. „Das Bundesverfassungsgericht stellt im Urteil zur Suizidhilfe fest, dass in rund 90 % der tödlichen Suizidhandlungen psychische Störungen, insbesondere in Form einer Depression vorlägen, die häufig schwer zu erkennen seien. Zudem würden 80 bis 90 % der aufgrund eines kurzfristigen Entschlusses durchgeführten Suizide von den geretteten Suizidenten im Nachhinein als Fehlentscheidung gewertet. Das idealisierte Bild des freiverantwortlichen, nüchtern abgewogenen Suizids ist empirisch widerlegt. Es ist daher nach Auffassung des Familienbundes richtig, wenn der Entwurf von Castellucci und Heveling – im Gegensatz zum Entwurf Helling-Plahr und Künast – die Freiverantwortlichkeit und Dauerhaftigkeit des Suizidentschlusses durch eine zweimalige, im zeitlichen Abstand erfolgende fachärztliche Untersuchung prüft.“

Der Familienbund weist darauf hin, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Suizidhilfe oft einseitig interpretiert werde. Karlsruhe hat entschieden, dass das Recht auf selbstbestimmtes Sterben eingeschränkt werden kann, wenn der Staat einen legitimen Zweck verfolgt und das Recht auf Sterben nicht faktisch entleert wird. Den Schutz des Lebens und der Autonomie des Einzelnen sowie die Verhinderung einer Normalisierung der Suizidhilfe und hat das Gericht als legitime Zwecke ausdrücklich anerkannt. Eine faktische Entleerung des Rechts auf selbstbestimmtes Sterben droht im Entwurf von Castellucci und Heveling nicht, da dieser neben dem grundsätzlichen Verbot der geschäftsmäßigen Suizidhilfe ein reguliertes Verfahren für die rechtmäßige Inanspruchnahme von Suizidhilfe vorsieht.

Ulrich Hoffmann verweist auf die lange Debatte im Bundestag, die 2015 zum Verbot der geschäftsmäßigen Suizidhilfe geführt habe: „Im Gegensatz zur aktuellen Diskussion war es eine zweijährige, ausführliche parlamentarische Debatte – mit Zeit zur Reflektion und großer Beteiligung der Zivilgesellschaft. Viele Abgeordnete haben in ihren Reden sehr persönliche Bekenntnisse abgegeben und ihre Gewissensentscheidungen begründet. Kommentatoren haben von einer Sternstunde der parlamentarischen Demokratie gesprochen. Der Entwurf von Castellucci und Heveling knüpft hier an und stellt eine Synthese zwischen dem Ertrag dieser Debatte und den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts dar. Die nach der Befürchtung des Familienbundes weitreichenden Folgen des Entwurfs von Helling-Plahr und Künast wurden bisher aber weder im Parlament noch in der Gesellschaft ausreichend diskutiert. Es darf in unserer Gesellschaft nicht zu einer Situation kommen, in der es leichter ist, Suizidberatung und Suizidhilfe zu erhalten als Hilfe bei persönlichen Krisen, gute Pflege und eine hinreichende Gesundheits- und Palliativversorgung.“



2. Bayerischer Familiengipfel am 12.06.2023 der Bayerischen Familienverbände mit Familienstaatsministerin Ulrike Scharf, Kultusstaatsminister Dr. Michael Piazolo, Gesundheitsstaatsminister Klaus Holetschek
© BStMAS/Nötel

ZWEITER BAYERISCHER FAMILIENGIPFEL: VERBÄNDE DER AGF BAYERN FORDERN CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE FAMILIEN

Nürnberg, 12.6.2023 - Mit einem umfangreichen Forderungspapier haben sich die bayerischen Familienverbände an die Politik gewandt. „Familien leisten einen enormen gesellschaftlichen Beitrag und sind mitverantwortlich für die Zukunft unserer Gesellschaft“, sagte Diakonievorständin Sandra Schuhmann auf dem zweiten Bayerischen Familiengipfel stellvertretend für die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern (eaf), den Familienbund der Katholiken, Landesverband Bayern (FDK) und den Deutschen Familienverband (DFV). Die Politik, so die Überzeugung der Verbände, dürfe die Familien nicht alleine lassen. Dies wurde aufgegriffen in der Einladung zur Fortsetzung des Familiengipfels.

Im Gespräch mit Michael Piazolo (FW), Bayerischer Bildungsminister, Familien- und Sozialministerin Ulrike Scharf sowie Gesundheitsminister Klaus Holetschek (beide CSU) fordern die Verbände den weiteren Ausbau der Angebote für Familien in Bayern. „Zwar hat Bayern im bundesweiten Vergleich das zweitbeste Bildungssystem und liegt insbesondere bei der Bekämpfung der Bildungsarmut an der Spitze“, so Schuhmann. Dennoch verlassen immer noch rund fünf Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Bayern die Schule ohne Abschluss. „Das sind über 6.000 Jungen und Mädchen ohne eine berufliche Perspektive pro Jahrgang.“ Dies sei nicht nur für die Betroffenen katastrophal. „Auch unsere Gesellschaft, die zunehmend unter einem Arbeitskräftemangel leidet, kann sich dies nicht leisten.“

Zu den zentralen Forderungen der drei Familienverbände gehört darum, allen Kindern die gleichen Bildungszugänge und -chancen zu ermöglichen. „Noch immer hängen in Bayern die Bildungschancen von der Herkunft ab“, so Schuhmann. „Der Zutritt zu Bildungszugängen differenziert sich stark durch Sprachbarrieren, gesellschaftliche Benachteiligung und sozialökonomischer Lage.“ Das müsse von der Politik ausgeglichen werden, indem Bildungschancen für alle ausgebaut werden. Gleichzeitig

müsse den Familien jedoch die echte Wahlfreiheit erhalten bleiben: „Eine Familie muss jederzeit selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder dazu Hilfe von außen in Anspruch nehmen möchte.“, so Gerlinde Martin, Landesvorsitzende des Familienbundes der Katholiken.

Dazu gehören auch Angebote für Familien, die über reine Bildungsangebote hinausgehen, wie etwa der Besuch von Schwimmbädern, Theatern und Museen, stellte Gerlinde Martin heraus. „Dass Kommunen aufgrund ihrer finanziellen Lage die Angebote verteuern oder gar einschränken müssen, erfüllt uns mit Sorge.“ Hier muss die Staatsregierung finanziell gegensteuern. Die sogenannte „qualifizierte Familienzeit“ dürfe nicht nur Besserverdienenden vorbehalten bleiben.

Mehr Anstrengung sei zudem notwendig, um den Personalmangel in den Schulen, aber auch in den Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche zu bekämpfen. Denn der Bedarf wachse. „Familien benötigen deshalb ausreichend Unterstützung und Begleitung, um den Kindern ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen.“, verdeutlichte Ricarda Bollinger-Schönnagel, Landesvorsitzende des Deutschen Familienverbandes.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, die Begleitung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und die Bewältigung der Corona-Folgen werden die Bedarfe weiter steigen lassen, ist sich Ricarda Bollinger-Schönnagel sicher. „Hier muss dringend etwas getan werden.“ Dazu gehöre auch die Ausbildung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals, um etwa innerfamiliäre Missstände oder psychische Problemlagen bereits in der Kita oder in der Schule erkennen zu können sowie der quantitative und qualitative Ausbau der Stellen von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an allen Schularten analog zur Schulsozialarbeit oder Jugendsozialarbeit an Schulen.

DV Rottenburg-Stuttgart

Jahnstraße 30, 70597 Stuttgart, Tel.: 0711/ 97 91 - 4760, Fax: - 4769, familienbund@blh.drs.de, www.familienbund-drs.de

FAMILIENPOLITISCHE BILDUNG MIT FAMILIEN – GEHT DAS? – JA!

Foto: DV Rottenburg-Stuttgart



In unterschiedlichen Formaten gesellschaftliche Themen beleuchten und besprechen, vertiefen.

Am „politischsten“ war der Besuch im Landtag. Bei der Führung durften die Kinder auf dem Platz des Ministerpräsidenten sitzen oder den Sitz der Landtagspräsidentin ausprobieren. Dabei wurde dann schnell geklärt, welche Aufgaben beide haben und die Frage beantwortet, warum Winfried Kretschmann zwei Plätze im Plenum des Landtages hat. Das anschließende Gespräch mit zwei Landtagsabgeordneten hatten wir am Vorabend so vorbereitet, so dass sich auch Kinder und Jugendliche aktiv am Ge-

spräch beteiligten.

Eine Stadtführung „Stuttgart unterm Hakenkreuz – die Kirche in der NS-Zeit“ war dann eher ein „klassisches“ Format: Impuls und Gespräch. Es gelang Harald Hellstern aber z. B. bei der Gedenkstätte für Eugen Bolz im Gespräch „herauszukitzeln“, dass es auch heute wichtig ist, für Demokratie und Menschenrechte einzustehen.

Beim Besuch des Polizeipräsidiums ging es dann nicht nur um Verkehrssicherheit, sondern auch um Themen wie Cybersicherheit und das Recht am eigenen Bild. Der Besuch der Hundstaffel war natürlich ein Highlight für die Kinder.

Die Erwachsenen konnten das Polizeimuseum besuchen, das durch die Dokumentation der Entwicklungsgeschichte der Polizei das Verständnis für ihre gesellschaftspolitische Aufgabe fördern und das Selbstverständnis einer demokratischen, bürgernahen Polizei zeigen möchte.

Der Tag beim Haus des Waldes sprach mit Kochen überm Lagerfeuer, waldpädagogischen Spielen und einem informativen Spaziergang alle Sinne an. Damit wurde nicht nur das Wissen um einen nachhaltigen Lebensstil gefördert, sondern auch die emotionale Verbundenheit zur Natur und damit der Wunsch, sie zu schützen, gestärkt.

An der Bildungsfahrt nahmen 8 Familien mit ihren Kindern teil. Alle Teilnehmer:innen waren so begeistert, dass wir für nächstes Jahr wieder eine Fahrt anbieten. In der Woche nach Ostern heißt es dann: Green City – Freiburg wir kommen!



Foto: DV Rottenburg-Stuttgart

DV Bamberg

Domstr. 9, 96049 Bamberg, Tel.: 0951/5023545, Fax-49, kontakt@familienbund-bamberg.de, www.familienbund-bamberg.de

POLITIKERGESPRÄCH MIT MdL MICHAEL HOFMAN

Foto: DV Bamberg



MdL, Michael Hofmann im Gespräch mit DV Bamberg

Vor kurzem war der Landtagsabgeordnete der CSU Herr Michael Hofmann zu Besuch beim Familienbund der Katholiken in Bamberg, um sich über aktuelle familienpolitische Themen mit dem Diözesanfamilienrat auszutauschen. Seit 2013 vertritt er den Landkreis Forchheim im Bayerischen Landtag und ist hier Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, sowie Mitglied des Medienrates. Zuvor war er von 2013-2018 im Ausschuss für Bildung und Kultus tätig. Seit Mai 2020 ist Michael Hofmann der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung.

Christiane Kömm, Vorsitzende des Familienbundes Bamberg, lobte die Einführung des Familiengeldes (seit 2018), monierte aber die immer noch fehlende echte Wahlfreiheit für Eltern, die ihr Kleinkind selbst betreuen möchten. Diese sollten

hierfür ein seit langem vom Familienbund gefordertes sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt erhalten.

Auch Hofmann sprach sich für eine Unterstützung der Eltern aus, denn die Erziehung von Kindern sei eine hohe gesellschaftliche Aufgabe, „eine freie Entscheidung der Eltern, ob ein Betreuungsplatz angenommen wird oder nicht, wäre gut.“

Kita-Leitung Lydia Heilmann wies darauf hin, dass äußere Faktoren, wie wirtschaftliche Zwänge oder der Druck durch den Arbeitgeber baldmöglichst wieder in den Beruf zurückzukehren, Mütter und Väter daran hindern, mehr Familienzeit mit ihren Kindern zu verbringen. Schon in der Schwangerschaft meldeten Eltern einen Betreuungsplatz in der Krippe an. „Die Anerkennung der Sorge- und Pflegearbeit fehlt – dies begann erst im häuslichen Bereich und ist jetzt

auch im professionellen Sektor der Fall“, sagte Kömm dazu.

Hofmann sieht die Betreuungsleistung als oberste Aufgabe des Staates an. Es dürfe keine Erhöhung des Betreuungsschlüssels geben. Hier müsse sich die Politik schützend vor die Fachkräfte in den Kitas stellen, um den Kindern und deren Eltern gerecht werden zu können. Der Familienbund wies darauf hin, dass diesbezüglich Qualität wichtiger als Quantität ist.

Hofmann kündigte an, die Staatsregierung werde vermehrt Assistenzkräfte einstellen, um die Pädagogen zu entlasten. Eine Vernetzung zwischen der Jugendsozialarbeit in der Schule am Vormittag und dem Jugendsozialarbeiter am Nachmittag wäre wünschenswert.

Sodann ging es auf Anregung von Ursula Knitt um die Situation der pflegenden Angehörigen. Heimplätze seien knapp und teuer, so dass die Angehörigen eine Freistellung von der Arbeit sowie adäquate finanzielle Unterstützung und Hilfe im Fall eigener Krankheit bräuchten. Außerdem kritisierte Knitt Ungerechtigkeiten beim Rentenanspruch. Wenn sich Verwandte die Pflegearbeit aufteilen, können keine Rentenpunkte erworben werden.

Im Hinblick auf die erschöpften Mütter bemängelte Christiane Kömm, dass Anträge für Müttererholungskuren augenscheinlich grundsätzlich abgelehnt und erst nach einem Widerspruch bewilligt würden. Die Mütter- und Familiengesundheit müsse viel mehr in den Blick genommen werden. Der Abgeordnete bat hier um Vorlage konkreter Zahlen und kündigte an, sich dieser Thematik gerne anzunehmen.

Zuletzt diskutierte man über das aktuelle Thema der geplanten Kindergrundsicherung. Kömm hinterfragte den Begriff „Kindergrundsicherung“, denn er suggeriere den Eltern, der Staat kümmere sich um ihre Kinder. Nach dem Subsidiaritätsprinzip aus der katholischen Soziallehre ist es wichtig, dass die Eltern sich für ihre Kinder verantwortlich fühlen und ihren Unterhalt stemmen können. Der Staat dürfe erst dann eingreifen, wenn die Familie eine Aufgabe nicht mehr leisten könne. Auch Hofmann bezeichnete die Namensgebung für das Bundesgesetz als verwirrend und hob die Bedeutung der katholischen Soziallehre hervor.

MITGLIEDSVERBÄNDE

ND - Gemeinschaft katholischer Männer und Frauen im Bund Neudeutschland e.V.

Gabelsbergerstr. 19, 50674 Köln, Tel: (0221) 177 363 40,
info@nd-netz.de

GOTTESDIENST UND LEBENSWIRKLICHKEIT – LITURGISCHE ERMUTIGUNG

In der Tradition der liturgischen Erneuerungsbewegung wollen wir uns diesem Thema widmen. Wir hoffen, dass eine Gruppe mit ganz verschiedenen Perspektiven und Erfahrungen zusammenkommt: Menschen, die regelmäßig Gottesdienste in ihren Gemeinden vorbereiten und feiern, aber auch Menschen mit noch wenig Erfahrung darin.

An diesem Wochenende soll der Akzent auf Reflektieren und Ausprobieren liegen – wir wollen dabei der Frage nachgehen, wie sich meine Lebenswirklichkeit (und die meiner Mitmenschen) und das liturgische Geschehen verbinden können. Daneben geht es weiterhin um die Fragen: Passt dies oder jenes zu mir? Wie fühle ich mich? Wie wirke ich auf die anderen? Welche Arten von Gottesdiensten mag ich? Wir möchten uns von ein oder zwei Referent(inn)en Impulse geben lassen und ihre Erfahrungen teilen. Neben Cornelius Bohl OFM ist Benedikta Kranz OSB angefragt.

- Ort: Fulda, Frauenberg
- Zeit: 22.-24. September 2023
- Start Abendessen am Freitag, ca. 18 Uhr
- Ende am Sonntagmittag

Anmeldeschluss ist der 30.07.2023,
eine Nachmeldung ist bei freien
Kapazitäten möglich.



„ICH WILL SEIN WIE EINE FEDER“

Hildegard von Bingen – Impulsgeberin für unser Leben?
Zu diesem Thema lädt der Arbeitskreis Christliches Leben des ND herzlich ein.

Am Samstag wird uns Brunhild Dieker über das Leben und Wirken der heiligen Hildegard berichten. Nachmittags besuchen wir die Abtei Sankt Hildegard in Rüdesheim und lassen uns im Klostercafé Kaffee und Kuchen schmecken.

Sr. Hiltrud, die langjährige Pilgerbegleiterin des Klosters, wird uns Kirche und Kloster zeigen und wir werden gemeinsam ins Gespräch kommen. Anschließend besuchen wir den Schrein der Heiligen unterhalb des Klosters.

Am Sonntag feiern wir gemeinsam Gottesdienst, in dem unsere Gedanken, Gefühle, Gebete und Lieder zusammen klingen können.

Morgenlob, Zeiten der Stille, Gespräche und gemütliches Beisammen werden das Programm ergänzen.

- Ort: DJH Bingen
- Zeit: 20.-22. Oktober 2023
- Start Abendessen am Freitag, ca. 18 Uhr
- Ende am Sonntagmittag

Anmeldeschluss ist der 30.07.2023,
eine Nachmeldung ist bei freien Kapazitäten möglich.



kfd - Bundesverband e.V.

Prinz-Georg-Str. 44, 40477 Düsseldorf, Tel.: (0211) 44 992 - 100, info@kfd.de, www.kfd.de

NACH MAINZER MISSBRAUCHSSTUDIE: kfd FORDERT UMBENENNUNG DER RÄUME IM ERBACHER HOF



kfd-Bundesvorsitzende Mechthild Heil übergibt Bischof Prof. Peter Kohlgraf den Brief mit dem Appell.

Fotos (3): kfd / Doreen Bierdel

Die kfd hat während ihrer Bundesversammlung im Juni das Bistum Mainz aufgefordert, die Tagungsräume im Erbacher Hof in Mainz umzubenennen. Diese tragen die Namen von Bischöfen und

Kardinälen, die nachweislich Missbrauchstaten vertuscht und Täter geschützt haben.

„Mit Bestürzung haben wir in der Studie zu Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung seit 1945 im Verantwortungsbereich des Bistums Mainz gelesen, dass Kardinal Karl Lehmann, Kardinal Hermann Volk und Bischof Albert Stohr große Schuld auf sich geladen haben. Daher appellieren wir an das Bistum Mainz, die Tagungsräume ‚Kardinal Volk-Saal‘ und ‚Bischof Stohr-Raum‘ umzubenennen und die Büste von Kardinal Volk im Innenhof zu entfernen“, erläutert Mechthild Heil, Bundesvorsitzende der kfd. Sie hatte direkt am ersten Tag der Versammlung die

95 Delegierten aus 21 Diözesanverbänden aufgerufen, die Aufforderung an das Bistum Mainz zu unterschreiben. Gleichzeitig konnte die kfd-Bundesvorsitzende Bischof Prof. Dr. Peter Kohlgraf, der ein Grußwort an die kfd-Frauen richtete, den Appell übergeben.

In dem Brief heißt es: „Vor dem Hintergrund der Missbrauchsstudie halten wir es für nicht länger hinnehmbar, dass die Tagungsräume diese Namen tragen. Das Arbeiten in Räumen mit diesen Namen ist insbesondere für von sexueller und spiritueller Gewalt betroffene Frauen (und Männer) eine nicht hinnehmbare Zumutung.“ Damit möchte die kfd ihr eigenes Versprechen einlösen, sich für von Missbrauch Betroffene einzusetzen und Missstände aufzudecken. Dazu gehört auch die Frage nach einem angemessenen Umgang mit dem Erinnern an bislang angesehene und hochgeschätzte Persönlichkeiten. „Die Erinnerungskultur an Priester, Bischöfe, Kardinäle und Ordensleute ist vor dem Hintergrund des Missbrauchsskandals darüber hinaus grundsätzlich zu überprüfen. Wir haben unsere Mitglieder gebeten, genauer in ihren Diözesen und kirchlichen Einrichtungen hinzuschauen“, sagt die kfd-Bundesvorsitzende.

kfd FÜR AUSBAU DER SUIZIDPRÄVENTION

Im vergangenen Jahr hatte die kfd auf ihrer Bundesversammlung das Positionspapier „Zwischen Recht auf Selbstbestimmung und Schutz des Lebens“ beschlossen. Darin positioniert sich die katholische Frauengemeinschaft in der gesellschaftlichen Diskussion um den assistierten Suizid und stellt Forderungen an die Politik.

Gerade jetzt ist die Diskussion um ein neues Suizidhilfe-Gesetz hochaktuell. Im Juli debattiert der Bundestag über drei Gesetzentwürfe wie in Deutschland eine Neuregelung der Suizidhilfe aussehen kann. Um sich zu Fragen der Suizidforschung und -prävention zu informieren, hatte die kfd zu ihrer diesjährigen Bundesversammlung Dr. Ute Lewitzka eingeladen. Sie sensibilisierte die Zuhörer*innen für ein brisantes Thema und die damit verbundene Notwendigkeit von Beratungen. Die Ärztin appellierte aber auch, Menschen mit ihren Problemen ernst zu nehmen, hinzusehen und zuzuhören.

Der Vortrag untermauerte vor allem ein Anliegen der kfd, welches auch im Positionspapier festgehalten ist. So fordert die Frauengemeinschaft zusammen mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, wie mit der Allianz für Suizidprävention, den Ausbau sowohl der Suizidprävention als auch der palliativen und hospizlichen Angebote. Konkret bedeutet das:

- den weiteren Ausbau, die Vernetzung und auskömmliche Finanzierung qualifizierter regionaler suizidpräventiver Angebote
- die Vernetzung dieser Angebote im Rahmen einer bundesweiten Informations-, und Koordinationsstelle mit einer einheitlichen Telefonnummer und Website Angeboten
- die Förderung von suizidpräventiven Angeboten für Risikogruppen, beispielsweise durch die Förderung spezifischer psychosozialer, bzw. psychiatrischer oder psychotherapeutischer Hilfen für suizidale Menschen jeden Alters

Um diese Ziele zu erreichen, hat die kfd im Juni einen Musterbrief an Abgeordnete im Bundestag entworfen. Der Brief ging an die kfd-Frauen in den Diözesanverbänden und im Landesverband, damit sie entsprechend die Mitglieder des Bundestags in den Wahlkreisen anschreiben können. In dem Brief werden diese aufgefordert, sich für ein Suizidpräventionsgesetz einzusetzen und den Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung in Deutschland konkret voranzutreiben. Die kfd sieht die politische Herausforderung, den Schutz des Lebens zu gewährleisten, ohne dadurch die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen zu begrenzen.

Gespannt blickt die kfd nun auf die Ergebnisse aus der Politik.



Dr. Ute Lewitzka informiert die kfd-Frauen über Möglichkeiten der Suizidprävention.

kfd ENTSCIEDEN: NEIN ZU GEWALT! – JA ZU SELBSTBESTIMMUNG!

Auf ihrer Bundesversammlung im Erbacher Hof in Mainz hat die kfd ihr Positionspapier zur Sexarbeit und Prostitution mit dem Titel „Nein zu Gewalt! – Ja zu Selbstbestimmung!“ verabschiedet.

Die kfd positioniert sich damit klar gegen jede Form der Gewalt und erkennt gleichzeitig das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an, die in der Sexarbeit tätig sind. Sie fordert Angebote der Gesundheitsvorsorge und Beratung, Maßnahmen, die verhindern, dass Menschen in die Prostitution geraten oder auch die Ausweitung von Ausstiegsprogrammen.

Die kfd akzeptiert und respektiert Menschen in der Sexarbeit. Mit dem Positionspapier soll das Ziel erreicht werden, dass „niemand aufgrund einer Tätigkeit im Bereich von Sexarbeit und Prostitution oder einer damit verbundenen Lebensgeschichte ausgeschlossen oder diskriminiert werden darf.“

Die kfd bekräftigt mit diesem Positionspapier auch ihre bisherigen Beschlüsse, in denen sie sich gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ausspricht. Sie fordert daher eine intensivere Erschließung des Dunkelfeldes im Kontext von Sexarbeit und Prostitution.

Zum Download steht das Positionspapier „Nein zu Gewalt! – Ja zu Selbstbestimmung!“ hier bereit:

Das Positionspapier erscheint als Printprodukt im Juli 2023.



SKF – Sozialdienst katholischer Frauen e.V.

Agnes-Neuhaus-Strasse 5, 44135 Dortmund, Tel.: (0231) 55 70 26 -0, info@skf-zentrale.de, www.skf-zentrale.de

NEUGEWÄHLTER SKF-RAT APPELLIERT AN POLITIK: RECHT AUF SCHUTZ VOR GEWALT ENDLICH VERWIRKLICHEN

Bundeseinheitlicher Rechtsrahmen zur Finanzierung des Gewaltschutzsystems erforderlich

Bergisch Gladbach/Dortmund, 21.06.2023

Aktuell machen die Medien darauf aufmerksam, dass jeden dritten Tag eine Frau durch ihren Partner getötet wird. Gewalt gegen Frauen ist leider nach wie vor grausame Realität.

Dringend notwendig ist daher, dass Frauen in Notsituationen Anlaufstellen, Beratung und Schutz in Frauenhäusern finden. Doch nach wie vor gibt es viel zu wenig Kapazitäten in Frauenhäusern, Beratungsstellen und ergänzenden Angeboten. Vor allem fehlt eine bundesweit einheitliche gesetzliche Regelung, die das Hilfesystem bei Gewalt verlässlich finanziert und Schutz für Frauen und Kinder sicherstellt. Seit Jahrzehnten mahnen Frauenverbände bei Bund und Ländern eine Regelfinanzierung an.

„Wir appellieren eindringlich an alle Verantwortlichen in den Bundesländern und in der Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zugesicherte gesetzliche Regelung zeitnah umzusetzen“, fordert Dr. Ursula Pantenburg in ihrer Rede zur Wahl der Vorsitzenden des SKF-Rates. „Es ist nicht hinzunehmen, dass Frauen in äußerster Not abgewiesen werden müssen“, so Pantenburg.

IN EIGENER SACHE: STANDPUNKT ZUM THEMA GENDERN

Der Familienbund möchte hier einen vermittelnden Weg versuchen. Vielen Mitgliedern des Familienbundes und gerade auch jüngeren Engagierten in unserem Verband ist es mittlerweile sehr wichtig. Es ist für uns ein Zeichen, dass wir alle sehen und uns für alle einsetzen. So wie bei unserem Familienbild. Der Familienbund setzt sich für alle ein und für Rahmenbedingungen, innerhalb derer jede Familie bestmöglich gelingen kann. Im Rahmen der neuen Vielfalt der Familienmodelle weisen wir auch darauf hin, dass weiterhin die große Mehrheit der Kinder gut und glücklich bei ihren verheirateten Eltern aufwächst. Daher stützen wir die Ehe und deren Regelungen. Uns geht es immer um den Zusammenhalt in der Familie und in der Gesellschaft. Wir versuchen unterschiedliche Interessen abzuwägen und zu einem guten Kompromiss zu gelangen, ohne eigene Überzeugungen preiszugeben.

RECHTSECKE

UNFALL BEIM HOMESCHOOLING GILT ALS ARBEITSUNFALL

Sozialgericht München (Az.: S 9 U 158/22)

Eine Schülerin, 13 Jahre alt, ist während der Corona-Pandemie auf Online-Unterricht von zu Hause angewiesen. Als sie ein Buch aus dem Regal holen will, stolpert sie und erleidet Verletzungen im Gesicht. Ihre Eltern wollen das Ereignis bei der gesetzlichen Unfallversicherung als Arbeitsunfall geltend machen. Die Versicherung lehnt allerdings ab. Die Begründung: die Schülerin sei ohne Beaufsichtigung und Anleitung durch die Schule gewesen. Kameras und Mikrofone seien ausgeschaltet gewesen. Das sehen die Richter des Sozialgerichts München allerdings anders: "Das Buch zu holen, steht im Zusammenhang mit dem Unterricht. Die Lehrkraft konnte trotz ausgeschalteter Kameras und Mikrofone Kontakt zur Schülerin aufnehmen."

KEIN BÜRGERGELD BEI DUALEM STUDIUM

Bundessozialgericht (Az: B 7 AS 11/22 R)

Ein junger Mann hat sein langjähriges Erststudium abgebrochen. Nun studiert er erneut – und zwar im ausbildungsintegrierten dualen Bachelorstudiengang Mathematik und Informatik. Seine Ausbildungsvergütung beträgt rund 1.000 Euro monatlich. Sein Bedarf für Lebenshaltung und Wohnung liege aber deutlich darüber. Deshalb beantragt er zusätzlich das Bürgergeld. Das stehe ihm auch deshalb zu, weil er im Studium noch 20 Wochenstunden zusätzlich arbeiten müsse. Das Jobcenter jedoch lehnt ab. Das Bundessozialgericht entschied: Laut Gesetz sind Studierende vom Bürgergeld ausgeschlossen, wenn ihr Studium "dem Grunde nach" auch mit Bafög gefördert werden kann. Daran ändert nichts, dass der Kläger keinen Anspruch mehr auf Bafög hat, weil er sein Erststudium abgebrochen hat.

KURZE SÄTZE, GUT ERKLÄRT - AUCH ERWACHSENE SCHÄTZEN KINDERLEXIKA - KINDGERECHT UND UNTERHALTSAM: FAKTENWISSEN IN ZEITEN VON CHATGPT

Was ist ein Attentat? Wer ist Putin? Kinderlexika vermitteln verlässliches Faktenwissen - ob online oder in gedruckter Version. Eltern helfen sie, ihren Kindern die immer komplexere Welt zu erklären.

Warum ist der Himmel blau? Früher haben sich manche Eltern die Antwort auf so eine Frage ihres Kindes vielleicht einfach ausgedacht. In Zeiten des Internets ist das schon lange nicht mehr nötig. Google und jetzt auch ChatGPT beantworten alles, was wir wissen wollen. Aber das stimmt nicht immer, ist ungenau oder irreführend - und auch nicht immer so formuliert, dass Kinder es verstehen können.

"Auch wenn von Künstlicher Intelligenz die Rede ist, kann ChatGPT die Bedeutung oder die Absicht hinter dem von ihm erzeugten Text nicht verstehen", heißt es auf der Seite "Schau hin", einem Medienratgeber für Familien im Internet. "Es kann nur der Anfrage entsprechend passende Antworten auf der Grundlage der Daten erstellen, mit denen es trainiert wurde." Entsprechend sei es an den Eltern, das kritische Hinterfragen von Texten und Informationen den Kindern zu vermitteln.

Kinderlexika dagegen - ob online oder in gedruckter Form - sind von Fachleuten geschrieben, die sich inhaltlich auskennen und Inhalte didaktisch gut aufbereiten können. Der Duden etwa hat sein Grundschullexikon für Kinder ab der zweiten Klasse gerade neu aufgelegt: Über 700 Einträge mit bunten Fotos, Illustrationen und Karten, dazu 24 Sonderseiten zu aktuellen Themen wie Umwelt, Medien, Ernährung oder Wirtschaft laden dazu ein, bei Wissensfragen in dem Buch nachzuschlagen.

Warum lassen Bäume im Herbst ihre Blätter fallen? Was macht eigentlich ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin? Die kurzen Sachtexte sind in altersgerechter Sprache formuliert und beantworten viele Fragen, die im Alltag auftauchen oder auch Thema im Mathe-, Deutsch-, oder Sachkundeunterricht sind.

Der Vorteil an gedruckten Lexika: Man verliert sich nicht im Internet, in dem man mitunter immer weiterklickt. Die wichtigsten Informationen zu einem Thema sind kompakt zusammengefasst - und man kann das Buch auch mal gemütlich mit ins Bett nehmen. Der Nachteil ist, dass manche Einträge in einem Lexikon in Buchform irgendwann von der Zeit überholt werden: Queen Elizabeth II. zum Beispiel ist seit neun Monaten tot und nicht mehr Königin von England - nur noch in älteren Lexika.

Ein Online-Lexikon ist aktueller und kann sofort auf das Weltgeschehen reagieren. Wie "Klexikon.de", das erste Wikipedia für Kinder, das 2014 mit Unterstützung von Wikimedia Deutschland gegründet wurde und für Kinder von 6 bis 14 Jahren gedacht ist.

Das Online-Lexikon hat nach eigenen Angaben zwei Millionen Seitenaufrufe pro Jahr und versammelt mehr als 3.000 Stichwörter von A wie Aachen bis Z wie Zypern. Die beliebtesten Artikel im vergangenen Jahr waren etwa "Die zehn Gebote", "Organe", "Römisches Reich", aber auch "Hunde" und "Jahreszeiten", wie es hieß. Geschrieben werden die Texte in altersgerechter Sprache vor allem von Erwachsenen - etwa Wissenschaftlern, Journalisten und Lehrern, die das ehrenamtlich neben ihrem normalen Beruf machen.

"Kinder brauchen schnellen Zugang zum Wissen der Welt genauso wie Erwachsene", sagt Nachrichtenjournalist Michael Schulte, der das Klexikon mitgegründet hat. ChatGPT sei dafür nicht geeignet, sondern Seiten, "denen ich vertrauen kann und bei denen ich weiß, wo die Informationen herkommen".

Bei der Auswahl der Themen wurden von Anfang an auch Kinder beteiligt, erzählt er. So schlug etwa ein Kind kürzlich vor, doch auch FC Union Berlin mitaufzunehmen - bisher sind nur die ganz großen Fußballvereine wie etwa der FC Bayern München vertreten. Auch Computerspiele, die sie gerade mögen,

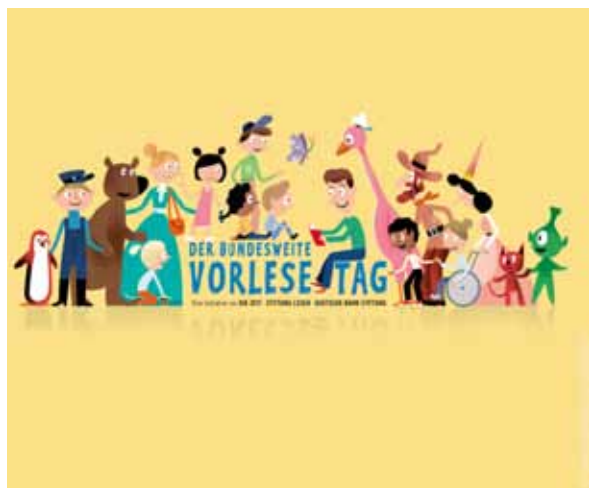
schlagen die Kinder im Klexikon gern nach, so der 49-Jährige. Grundsätzlich gehe es aber darum, "das länger gültige Wissen dieser Welt" zu sammeln. Für gedruckte Lexika hat der Vater ebenfalls Sympathien. Selber Seiten fühlen, mit den Fingern umblättern: "Gerade jüngere Kinder können so auch mal offline recherchieren", sagt er. Außerdem fing bei ihm so alles an: Für die Gründung des Online-Lexikons hat Schulte erst einmal zahlreiche Jugend- und Kinderlexika konsultiert.

DEIN EHRENAMT FÜRS LESEN

Mit deinem Engagement mitten drin statt nur dabei! Du möchtest deine Begeisterung für Geschichten mit anderen teilen? Dann los! Die Möglichkeiten sind so vielfältig wie die Engagierten selbst und ihr Publikum auch! Du kannst zum Beispiel einer kleinen Gruppe Kita-Kindern vorlesen, mit Schulkindern das Lesen üben oder mit älteren Menschen in Pflegeeinrichtungen die neusten Zeitungsartikel durchschauen. Bei uns findest du alle Informationen, die du brauchst, um mit deinem Ehrenamt loszulegen. Und auch für alte Hasen haben wir Inspirationen und Tipps für noch mehr Vorlese-Spaß.

Du hast Fragen zum ehrenamtlichen Engagement? Dann wende dich an: Lisa Keil, 06131-28890-78, lisa.keil@stiftunglesen.de

VORLESEN VERBINDET



Am 17. November 2023 findet der Bundesweite Vorlesetag zum 20. Mal statt. Das Motto unseres diesjährigen Aktionstages ist „Vorlesen verbindet“! Denn gemeinsames Vorlesen verbindet und schafft Nähe. Doch es kann noch viel mehr: Es ist die wichtigste Voraussetzung, um selbst gut lesen zu lernen, bestärkt Kinder

neugierig die Welt zu entdecken - und ist der Schlüssel für ihre Zukunft. Das diesjährige Motto stellt dies ins Scheinwerferlicht! Ob in der Familie, der Schule oder der Kita, zwischen Generationen, verschiedenen Herkunftsländern und Kulturen: Verbindungen stärken Kinder, fördern den Austausch und überwinden Grenzen – sie schaffen Zusammenhalt und sind so vielfältig wie die Aktionen rund um den Bundesweiten Vorlesetag.

Du möchtest auch dabei sein? Dann schnapp dir eine Geschichte und lies anderen etwas vor! Ob in Schulen, Kitas oder Bibliotheken, drinnen wie draußen, analog oder digital: Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Melde dich jetzt an:



AUSSTELLUNG »BÜCHER SIND LEBENSMITTEL

Begleitet von sechs Nadia Budde-Monstern auf Kinderrechtespur, durch Buchwelten reisen, eigene Geschichten finden, gewohnte Dinge neu erleben und ungeahnte Gedanken begrüßen:

Zum Ausleihen: info@machmitmuseum.de

GRÜNE ECKE



SCHÖPFUNGSPREIS 2023

Im Jahr 2023 schreibt das Bistum Augsburg wieder den Schöpfungspreis aus. Schirmherr ist Bischof Dr. Berttram Meier. Ab sofort und noch bis 31. August können Bewerbungen eingereicht werden. Bischof Dr. Meier richtet sich in seinem Hirtenwort „Schöpfung bewahren – Umwelt schützen“ an die Gläubigen: „Helfen wir alle zusammen und ehren Gott, unseren Schöpfer, durch konkrete Taten! Gestalten wir mutig und kreativ die Zukunft mit.“

Ihnen liegt dieses Zukunftsanliegen am Herzen und Sie tragen aktiv dazu bei? Dann sind Sie sehr herzlich eingeladen, sich mit Ihrem Projekt zu bewerben!

<https://bistum-augsburg.de/Hauptabteilung-II/Kirche-und-Umwelt/Schoepfungspreis/Schoepfungspreis-2023>

BOCK AUF ZUKUNFT – FESTIVAL

Das Jugend-Nachhaltigkeits-Festival steigt am 30. September 2023 von 10 bis 22 Uhr in Potsdam! Einen Tag lang sind alle Brandenburger*innen zwischen 14 und 27 Jahren nach Potsdam eingeladen. Voneinander lernen, weiterbilden und vernetzen, Forderungen an die Landespolitik erarbeiten und Spaß haben in Workshops, Vorträgen, Kreativangeboten, Austauschrunden, Bewegung, leckerem Essen und Live-Musik. <https://jufona-brandenburg.de>

„GEMEINSAM FÜR EIN NACHHALTIGES UND INTEGRATIVES EUROPA“

Im Rahmen des EU-Jugenddialogs haben Dialogveranstaltungen mit jungen Menschen stattgefunden, bei denen diese ihre Forderungen und Wünsche an die Politik formulieren konnten. Um die Forderungen so konkret wie möglich machen zu können, wurden von der Europäischen Lenkungsgruppe fünf Unterthemen festgelegt: Information und Bildung, Handeln und Befähigen, Wirkungsvolle Beteiligung, Mobilität und Solidarität und Zugang zu Infrastruktur. <https://jugenddialog.de/ihr-fordert-wir-setzen-um/>

WIE SOLLTE MAN EIN BUCH LESEN?

Anders als der Titel vermuten lässt, ist der einzige Rat, den Virginia Woolf hier gibt, der, keine Ratschläge zu geben. Ihr Essay über das Lesen ist heute noch so aktuell wie bei seinem Erscheinen vor knapp hundert Jahren. Die Autorin bietet keine Anleitung, sondern lädt dazu ein, das »Chaos« im eigenen Bücherregal, in Bibliotheken und Buchhandlungen neugierig zu erkunden. Wie gelingt es, in dieser Büchermenge nicht zu versinken? Wieso lässt man sich besser keine Lektüre vorschreiben? Und warum sollten Lesende sich zu Komplizen der Schreibenden machen, wenn sie ein Buch zur Hand nehmen? Virginia Woolfs Leser verschlingen Klassiker oder Vergessenes, Lyrik oder Dramen, vor allem aber: Sie lesen eigenständig und widerständig. Ihr Essay ist ein leidenschaftliches Plädoyer für die Kraft des geschriebenen und gelesenen Wortes, Vor- und Nachwort von Sheila Heti unterstreichen seine Aktualität.

Virginia Woolf
Wie sollte man ein Buch lesen?

Kampa Verlag, 112 S.,

7,99 Euro



VOM GLÜCK ZU LESEN

Ob Trost oder Erkenntnis, ob Reisen in andere Welten oder Analysen unserer Realität – Bücher bieten all das und noch viel mehr. Wir tragen sie überall mit uns herum und behalten die wichtigen Lektüren unseres Lebens für immer in unseren Herzen. Wir atmen den Geruch ihrer Seiten ein, kritzeln etwas hinein und schützen sie vor Bücherdieben und Badewasser. Dieser lebenslangen Liebe widmet sich der Buchhändler Martin Latham in diesem inspirierenden Buch. Wir erfahren, welches Buch Marilyn Monroe verehrte, dass Napoleon bei jeder Schlacht Goethes Werther mit sich trug und natürlich auch von Martin Lathams Erlebnissen in seiner Buchhandlung in Canterbury. Plädoyer für die Kraft des geschriebenen und gelesenen Wortes.

Martin Latham
Vom Glück zu lesen

DuMont Verlag, 2021,
432 S., Hardcover,

24 Euro.



PODCAST VOM DEUTSCHLANDFUNK:

WAS TUN, DAMIT KINDER LESEN?

Bücher für junge Leser sollten spannend, lebensnah und humorvoll sein aber sprachlich nicht überfordern, sagt Christian Walther vom Verlag Beltz und Gelberg. Mit einem eigenen Programm für Leseförderung will der Verlag Kinder zum Lesen ermutigen.

PODCAST
06:30 Minuten



WIE KINDER BÜCHER LESEN - EIN RATGEBER UND WEGWEISER

Lesen und Verstehen sind Kulturtechniken, die zunehmend wichtiger werden, und es wird immer klarer, dass der reine Leseerwerb dafür nicht ausreicht. Doch wie gelingt es, Kinder ab acht Jahren für Geschichten und Sachtexte zu begeistern, die über kurze Smartphone-Texte hinaus gehen? Für Texte, die Jungs und Mädchen zum vertieften Lesen von Büchern verlocken?

Das Autorenteam des "Senter Kreises", bestehend aus sechs Kinderbuch-ExpertInnen, zeigt, wie die aktuellen Alltagssituationen und die veränderte Mediennutzung von Acht- bis Zwölfjährigen aussieht und gibt Antworten und kreative Ideen für alle, denen die Entwicklung ihrer Kinder am Herzen liegen.

Alexandra Rak, u.v.m.
**Wie Kinder Bücher lesen
- ein Ratgeber und Weg-
weiser**

Carlsen Verlag, 2020
208 S., Softcover,
15 Euro.



EIN SCHULTAG VOLLER ABENTEUER

Tim braucht einen neuen Ranzen, Lian kommt auf dem Schulweg an einem Geisterhaus vorbei und Betül macht sich Gedanken über den Neuen: Warum ist seine Nase platt? Drei witzige Schulgeschichten.

- Silbengeschichten zum Lesenlernen
- Original Mildenerger Silbenmethode
- drei witzige Schulgeschichten zum ersten Selberlesen
- Silben in Blau und Rot helfen beim Lesenlernen und verbessern die Rechtschreibung
- mit lustigen Leserätseln

Lesealter: 6-8 Jahre

Martin Klein
**Ein Schultag voller Aben-
teuer**

Ravensburger Verlag,
2014. 48 S., Taschenbuch
4,99 Euro.



PODCAST VON SOZIOPOLIS:

MITTELWEG 36 - LESEN

In der Sommerfolge sprechen die Literaturkritikerin Marie Schmidt und die Wissenschaftsredakteurin Hannah Schmidt-Ott über das Lesen als Praxis und Geschäft. Es geht um die Entwicklungen des Feuilletons unter dem Primat der Klickzahlen, die Untiefen des Rezensionswesens und die Folgen der Déformation professionnelle. Außerdem gibt's Lesetipps für den Sommer.

PODCAST
35:38 Minuten



Folgen Sie uns!



@praesidentfdk



@familienbunderkatholiken-
Bundesgeschäftsstelle



@familienbunderkatholiken

FRAGEN AN LAURA TROST

- 1. Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?**
Das empfinde ich bei einem leckeren Essen und einer guten Zeit mit Freunden und/oder Familie.
- 2. Wer hat Sie geprägt?**
Ich lerne von vielen Menschen in der täglichen Begegnung.
- 3. Als Kind wollte ich immer ...**
So mutig sein wie Pippi Langstrumpf.
- 4. Auf welche Erfahrung in Ihrem Leben möchten Sie nicht verzichten?**
Auf meine Arbeit bezogen: Wie viel Freude das Vorlesen bringt. Jedes Kind freut sich über die Aufmerksamkeit, kann für Geschichten begeistert werden und ist stolz zu zeigen, was es selbst vielleicht schon versteht oder lesen kann.
- 5. Wozu können Sie nicht nein sagen?**
Ein Stück Schokolade.
- 6. Eine der besten Erfindungen ist ...**
Der Buchdruck – und das sage ich nicht als Mainzerin oder Buchenthusiastin, sondern weil wir erst durch ihn Wissen, aber auch Geschichten in einer solchen Bandbreite weitergeben konnten.
- 7. Ihre liebste Bibelstelle?**
Persönlich bin ich nicht bibelfest, doch meine Grundüberzeugung ist es, dass wir alle gleich sind – mit den gleichen Rechten und Pflichten, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder Identifikation. Eine Position, die sicherlich auch in der Bibel zu finden ist.
- 8. Wie und wo möchten Sie Ihren Lebensabend verbringen?**
Wie Peter Fox schon sagte: Am Ende der Straße steht ein Haus am See. Wobei ich mich auch über das Meer freuen würde.
- 9. Was ist für Sie „zu Hause“?**
Wo meine Lieblingsmenschen sind.
- 10. Wenn Sie Bundeskanzler*in wären, was würden Sie als erstes tun?**
In die Grundlage für unsere gemeinsame Zukunft investieren: Bildung!
- 11. Bitte vervollständigen Sie den Satz:
„Familie bedeutet für mich ...“**
zu wissen, dass – selbst wenn es im Alltag manchmal untergeht – immer jemand da ist, wenn es eng wird.“



Laura Trost

Senior PR-Managerin, Marketing & Kommunikation bei Stiftung Lesen